

Kurz berichtet

Eisenerz

BHP verdient glänzend

Der Eisenerz- und Kupferboom hat einem der weltgrößten Bergwerkskonzerne Rekordgewinne beschert. Das australisch-britische Unternehmen BHP Billiton legte in den sechs Monaten bis Ende Dezember 2010 beim Überschuss um 71 Prozent auf 10,52 Milliarden US-Dollar (7,8 Milliarden Euro) zu, teilte der Konzern in Melbourne mit. Der Umsatz stieg um 39 Prozent auf 34,16 Milliarden US-Dollar. Nach drei gescheiterten Übernahmeversuchen will BHP in den kommenden fünf Jahren 80 Milliarden Dollar vor allem in den Ausbau eigener Anlagen investieren. Das Unternehmen kündigte zudem ein Aktienrückkaufprogramm im Umfang von zehn Milliarden Dollar an. dpa

US-Buchhändler

Borders ist insolvent

Die Sparzwänge der Kundschaft und die starke Konkurrenz des Internethändlers Amazon haben die zweitgrößte US-Buchhandelskette Borders das Unternehmen zum Insolvenzgericht, um Schutz vor seinen Gläubigern zu suchen - und hofft nun auf einen Neustart. Dazu hat sich Borders einen frischen Kredit über 505 Millionen Dollar gesichert und will schlecht laufende Filialen schließen. Der Bankrott hatte sich seit Monaten abgezeichnet. In den ersten neun Monaten 2010 summierte sich der Verlust auf 185 Millionen Dollar. Der Umsatz schrumpfte um weitere 15 Prozent auf 15 Milliarden Dollar. Das Unternehmen hat angekündigt, 30 Prozent der Filialen zu schließen. Damit fallen etwa 200 Standorte weg. dpa

Telekom-Tarifverhandlungen

Keine Einigung in Sicht

Im Tarifstreit bei der Telekom ist keine Einigung in Sicht. Vierdehnter in der dritten Verhandlungsrunde in Hamburg vorgelegte Angebot der Arbeitgeber als Unverfrorenheit ab und beendete die Gespräche. Die Deutsche Telekom wurde aufgefordert, zur vierten Runde im März ein „ordentliches Angebot“ für rund 105 000 Beschäftigte auf den Tisch zu legen. Die Gewerkschaft kündigte weitere Warnstreiks an. Gestern hatten sich bundesweit 7000 Telekom-Mitarbeiter an Arbeitsniederlegungen beteiligt. Die Telekom schlägt Gehaltserhöhungen von 2,17 Prozent mit einer Laufzeit von 24 Monaten vor. dpa

Schuler

Zurück in Gewinnzone

Der Pressenhersteller Schuler schrieit wieder schwarze Zahlen. Im ersten Quartal des laufenden Jahres (30. September) machte das Unternehmen 1,8 Millionen Euro Vorsteuerertrag (Vorjahr: minus 14 Millionen Euro). Das Nachsteuerergebnis sei ebenfalls positiv, sagte ein Sprecher. Der Umsatz stieg um rund 21 Prozent auf 178 Millionen Euro. dpa

Leichtbau

Voith kooperiert mit Audi

Voith kooperiert beim zukunftsrichtigen Leichtbau in der Autoindustrie mit Audi. Nach anderen Autobauern schließt auch die VW-Tochter eine Entwicklungspartnerschaft. Vertreter des Heidenheimer Anlagenbauers und des Ingolstädter Konzerns unterzeichneten eine Absichtserklärung, teilte beide Unternehmen mit. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit sollen die Weiterentwicklung und die Herstellung faserverstärkter Werkstoffe stehen. dpa

IG Bau-Chef

DSW will nicht entlasten

In der Auseinandersetzung um die drohende Übernahme von Hochtief durch den spanischen Konkurrenten ACS wollen Anlegerschützer IG-Bau-Chef Klaus Wiesehögel die Entlastung verweigern. Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) warf dem IG-Bau-Chef und Hochtief-Aufsichtsrat einen „schändlichen Alleingang“ im Zusammenhang mit Absprachen mit ACS vor. Der IG-Bau-Chef hatte in dem Abwehrkampf ohne Absprache mit dem Hochtief-Betriebsrat eine Vereinbarung mit ACS getroffen. dpa

Verbandhandel

Otto wächst im Online-Handel

Der Otto-Versandhandel hat im Geschäftsjahr 2010/11 (28. Februar) den Umsatz um zwölf Prozent auf 2,1 Milliarden Euro gesteigert. Der Handel über das Internet legte um 30 Prozent zu, teilte Otto mit. Otto Versand ist die Kerngesellschaft der Otto Group, zu der auch der Bauersand und der Logistikhermes gehören. Die Gruppe setzt elf Milliarden Euro um. dpa

Volkswagen

Sonderschichten gestrichen

Im VW-Werk Wolfsburg fallen zwei Sonderschichten in der Golf-Fertigung aus. Grund sei, dass die Produktionsvolumen bereits höher als geplant seien, sagte ein Sprecher in Wolfsburg und bestätigte einen Bericht der „Wolfsburger Nachrichten“. Betroffen seien die Früh- und Spätschichten an zwei Samstagen. Im Januar war eine Sonderschicht in der Golf-Produktion wegen fehlender Zuliefererteile ausgefallen. dpa

„Diese Staaten brauchen 100 Millionen Jobs“

Interview Die Revolution in Ägypten ist beendet, aus Tunesien machen sich Tausende Flüchtlinge auf in Richtung Europa. Dass künftig noch mehr Menschen aus den Maghreb-Staaten ihr Glück in der Ferne suchen werden, davon geht der Entwicklungsexperte Reiner Klingholz aus.

Mubarak ist abgetreten, die wirtschaftlichen Probleme bleiben. Warum nicht nur in Ägypten eine demografische Zeitbombe tickt, was die wirtschaftlichen Herausforderungen sind, und wie es weitergeht - ein Gespräch mit Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Herr Klingholz, welche Rolle spielte die derzeitige wirtschaftliche Lage bei den Aufständen in Ägypten?

Eine entscheidende. Die Revolution hat die gut ausgebildete Mittelschicht an jungen Leuten organisiert, die keinen Job finden oder nur in einer tödlich langweiligen Bürokratie arbeiten können. Junge Leute ohne Arbeit, aber mit Bildung sind sozial gesehen gefährlich. Die wirtschaftliche Situation lässt sich daher eigentlich über die demografische erklären.

Wie gestaltet sich die demografische Situation in Ägypten?

50 Prozent der Bevölkerung in Ägypten sind unter 25 Jahre. In der sogenannten Bevölkerungspyramide, die in Ägypten schon gar keine Pyramide mehr ist, gibt es eine Ausbuchtung bei den 20- bis 30-Jährigen. Das ist die stärkste Gruppe, und diese Menschen haben zu wenig Arbeit. Das liegt daran, dass es in den letzten Jahrzehnten an Investitionen in produktive Bereiche gefehlt hat. Investiert wurde vor allem in eine völlig aufgeblähte Bürokratie und den ganzen Sicherheitsapparat. Es gibt zwar viele Menschen, die Arbeit haben, aber die sind dann bei der Geheimpolizei, der Polizei, beim Militär oder in der massiven Verwaltung, das sind volkswirtschaftlich geradezu parasitäre Bereiche, die das Land überhaupt nicht voranbringen, weil da nichts entsteht. Da entstehen keine Güter, mit denen sich Geld verdienen lässt, das kostet Geld.

Was müsste nun aus wirtschaftlicher Sicht geschehen?

Das ist wie in den mittelost-europäischen Transformationsstaaten nach 1990. Die Probleme werden jetzt erst mal größer und nicht kleiner. Gebraucht werden Investments in Unternehmen. Diese müssen zum Teil aus dem Ausland kommen. Die werden aber erst gefertigt, wenn die Lage wieder einigermaßen sicher ist. Und man muss gleichzeitig, und das ist das Schwierigste, in den ganzen unproduktiven Bereichen wie Geheimpolizei oder Militär, massiv Arbeitsplätze abbauen. Das wird mit Widerstand verbunden sein, denn die Arbeitslosigkeit wird steigen. Der andere wenig produktive Bereich ist die Landwirtschaft.

Welche Bedeutung hat die Landwirtschaft in Ägypten?

In Ägypten arbeiten dort noch 30 Prozent, das ist extrem viel. Das sagt aber eigentlich nur, dass dieser Sektor sehr unproduktiv ist. Die meisten Landwirte sind nicht viel mehr als Subsistenz-Bauern, die nicht viel übrig haben zum Verkaufen. Um die Landwirtschaft, was bei dem Bevölkerungswachstum notwendig wäre, effizienter zu machen, muss man Maschinen einsetzen, Höfe zusammenlegen, und das bedeutet weniger Arbeitsplätze.

Auf Tunesien folgte Ägypten, auch in anderen Ländern, wie beispielsweise Libyen, wird



Jung, gut ausgebildet und ohne Job in der Heimat. Tausende Tunesier sind auf der italienischen Insel Lampedusa gestrandet. Foto: dpa

demonstriert. Gibt es in den Maghreb-Staaten überall ähnliche Probleme?

Ja. Die ganzen 19 „Middle-East and North-Africa“-Staaten (als Mena-Staaten werden Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Irak, Iran, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Palästinensische Autonomiegebiete, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Tunesien und die Vereinigte Arabische Emirate bezeichnet. Anm. der Redaktion), wobei man Israel nicht dazuzählen kann, befinden sich in einer sehr ähnlichen wirtschaftlichen Situation. Diese Staaten bräuchten in den nächsten zehn Jahren 100 Millionen neue Jobs. Manche sind zwar wegen des Öls sehr reich, aber genug Beschäftigung für die einheimische Bevölkerung gibt es nirgendwo. Dieses Problem hat die Revolution in keiner Weise gelöst.

Kann man da von einer demografischen Zeitbombe sprechen?

Das ist eine massive demografische Zeitbombe, aber es ist eben nicht nur eine Bombe, es wäre im Grunde auch eine große Schatztruhe. Dieser große Anteil an jungen Menschen wäre, wenn die Investitionen schon da wären, die beste Möglichkeit, um sich zu Tigerstaaten zu entwickeln. Die 19 Mena-Staaten haben von der Demografie her das Potenzial, zu 19 Tigerstaaten zu werden. So wie das auch in Südostasien passiert ist. Diese Staaten haben allerdings vor zehn bis 30 Jahren, als ihre stürmische Entwicklung begann, bereits sehr früh in Arbeitsplätze investiert. Zunächst in einfache Jobs. Da wurden am Anfang - ganz platt gesagt - T-Shirts genäht. Dann finden viele Leute Arbeit in diesen produktiven Bereichen, und nach zehn Jahren kriegen diese Leute ihrerseits dann weniger Kinder als die Generation vor ihnen. Die nächste Generation kann dafür dann besser ausbeudet werden und idealerweise in die höhe-

ren Stufen der Wertschöpfung direkt hineinwachsen.

Könnte Ägypten denn noch zu einem Tigerstaat werden?

Länder wie Ägypten haben den eigentlichen Eintritt in diese sogenannte demografische Dividende verschlafen. Und somit haben sie jetzt ein doppeltes Problem. Von der Bildung her haben sie ja schon die zweite Stufe erreicht, das heißt, sie haben relativ viele Leute mit einer Universitätsbildung. Ägypten braucht jetzt Arbeit für die vielen Ungelernten, die in die erste Stufe der Industrialisierung reinwachsen müssen, und gleichzeitig für die Akademiker, die man für die zweite Stufe der Industrialisierung braucht.

Was sind denn momentan die häufigsten Beschäftigungen in Ägypten?

Das weiß ich nicht, da gibt es keine konkreten Zahlen. Aber man kann es sich den Bereichen nach anschauen. In der Landwirtschaft arbeiten wie gesagt 30 Prozent, und es gibt mit rund 50 Prozent einen sehr hohen Anteil im Dienstleistungsbereich. Aber während bei uns die Dienstleister bei Banken, Versicherungen, in der Forschung oder in der Medizin arbeiten, besteht der Servicektor in Ägypten eben aus Geheimpolizei, Polizei, Verwaltung in diesen ganzen bürokratischen Dingen, die eher etwas verhindern. Im Industriebereich sind gut 20 Prozent beschäftigt, aber auch das kann man nicht mit dem Industriebereich in Deutschland vergleichen, weil es vorwiegend Bauindustrie ist.

Wie kommt es eigentlich, dass fast jeder die ägyptischen Pyramiden kennt, aber kaum jemand den Namen eines großen ägyptischen Unternehmens nennen kann?

Die Pyramiden gehören zu den sieben Weltwundern, die neun ökonomischen Weltwunder, wie Coca-Cola, BMW, Facebook oder auch McDonald's stammen nicht aus Ägypten. Es gibt national wichtige Unternehmen, etwa aus der Öl- oder Bauindustrie. Aber das sind im Wesentlichen natio-

nal bedeutende Firmen. So etwas wie Apple ist da natürlich nicht drunter.

Wie hoch ist das Durchschnittseinkommen eines Ägypters?

Dazu gibt es zwei Zahlen. Das Jahresdurchschnittseinkommen in Dollar gemessen liegt etwa bei 2000 Dollar. Aber es gibt noch eine zweite Maßeinheit, das sind die internationalen Dollar, die sind dann an die Kaufkraft angepasst. Ein Kilo Kartoffeln ist in Ägypten eben billiger als bei uns. Und das entspricht dann 5700 Dollar. Das sind Mittelwerte. Wichtig ist, dass 19 Prozent der Bevölkerung in Ägypten von weniger als zwei Dollar am Tag leben.

Wie sind die Zukunftsaussichten?

Ägypten müsste es wirtschaftlich nicht schlechtgehen. Aber für die ganzen Staaten sind wie gesagt 100 Millionen Jobs bis 2020 notwendig. Theoretisch ist das machbar, aber so ganz sehe ich das ehrlich gesagt nicht. Eine direkte Folge sind die Flüchtlinge. Die Frage ist, überspitzt formuliert: Gibt es dort 100 Millionen Jobs, oder kommen 100 Millionen nach Europa? Die Menschen haben gemerkt, sie können ihren Forderungen Druck verleihen, und das werden sie, was die Migration anbelangt, auch auf anderer Ebene tun.

Das Gespräch führte Katharina Sorg.

DER EXPERTE

Karriere Dr. Reiner Klingholz ist seit Juli 2003 Direktor des Berlin-Instituts. Von 1984 bis 1989 war er Wissenschaftsredakteur bei der Wochenzeitung „Die Zeit“, von 1990 bis 2000 Leiter der Redaktion von „GEO Wissen“. Er veröffentlichte das Buch „Wahnsinn Wachstum“ über die weltweiten demografischen Veränderungen. Seit 2001 arbeitet er als freier Autor und Berater für Entwicklungspolitik.

Institut Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung verfolgt das Ziel, die öffentliche Wahrnehmung der weltweiten demografischen Veränderungen zu verbessern. Kts

Versicherer kritisieren Pläne für Eigenkapital

Assekuranz Bei Lebensversicherungen könnte das Geld für langfristige Garantien künftig fehlen, meint die Branche. *Von Thomas Magenheim*

Die Branche reagiert gereizt. Die neuen Regeln für die Versicherungen sind nach Meinung der Assekuranz alles andere als durchdacht. „Das wäre Chaos, Solvency II ist nicht funktionsfähig“, kritisiert der Geschäftsführer des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Jörg von Fürstner. Das Ziel der für Anfang 2013 in ganz Europa geplanten neuen Regeln: Wer riskante Geschäfte treibt, soll dafür mehr Eigenkapital vorhalten als vorsichtige Unternehmen, um Versicherungskunden besser vor Verlusten zu schützen. Die Einzelheiten, etwa wie viel Kapital hinterlegt werden muss, sind aber noch längst nicht klar. Kommt Solvency II ohne Korrekturen, könnte das nicht nur ein Ende für die hierzulande verbreitete klassische Lebensversicherung bringen, warnt die Branche. Versicherer könnten sich dann auch reihen-

weise vom Immobilienmarkt verabschieden und ihn eines wichtigen Investors berauben. Überhaupt würde das Regelwerk nach Meinung des Verbandes die Assekuranz wegen falscher Steuerungsmechanismen zu tendenziell kurzfristigen Anlegern machen. „Unsere Rolle als langfristige Investoren am Kapitalmarkt können sie dann vergessen“, sagt Fürstner.

Der Teufel bei den Überlegungen liegt im Detail. Um die Zukunft vermeintlich planbar zu machen, versucht Solvency II zum Beispiel die Entwicklung des Zinsniveaus 100 Jahre und mehr in die Zukunft vorherzusagen. Daran werden dann Eigenkapitalforderungen geknüpft, die mit den Zinsen dann kräftig schwanken. Das erfordert von Konzernen eine finanzielle Manövriermasse, die langfristige Garantien wie bei Lebenspolice einstränkt oder unmöglich macht. Andere Solvency-Mecha-

IN DER DISKUSSION

Regelwerk Solvency II ist nicht das einzige, aber das umfangreichste Regulierungsvorhaben für die Assekuranz, das derzeit in Arbeit ist. Seit dem Jahr 2000 wird daran getüftelt. Ein Risiko soll für Versicherer künftig einen realistischen Preis bekommen. An der Ausarbeitung dieses Regelwerks arbeitet die Europäische Versicherungsaufsicht EIOPA.

Bilanzvorschriften Die neuen Regularien nach den Vorgaben der Bilanzrichtlinie IFRS könnten Folgen über die Branche hinaus haben. Für die Verbraucher könnten sie zum Ende für Lebenspolice klassischer Prägung führen. Für die Bilanzregeln ist die Internationale Regulierungsbehörde IASB in London zuständig. tmh

nismen würden Anlagen in Immobilienmärkte erschweren, was für den Wohnungsbau problematisch wäre.

Für kleinere und mittlere der 410 in Deutschland tätigen Versicherer sei Solvency II zu komplex, unpraktikabel und kontraproduktiv, warnt der Versicherungs-

verband. Die Assekuranten drohten wegen hoher Kosten aus dem Markt gedrängt zu werden. Speziell traditionelle Lebenspolice mit Garantiezinsen würden von zwei Seiten in die Zange genommen, warnt Allianz-Vorstand Oliver Bäte.

Auf der einen Seite knabbern seit Jahren niedrige Zinsen an der Rendite. Eigenkapitalerhöhung und damit renditemindernd wirkt andererseits nicht nur Solvency II, sondern auch die diskutierte neue Bilanzierung nach IFRS. Dabei ist dies nur einer der vielen Vorschläge. Bäte sieht darin einen regelrechten Wildwuchs. „Jeder will seinen eigenen Baum regulieren, doch niemand kümmert sich um den Wald“, schimpft der Allianz-Manager. Am Ende gebe es nur noch Verlierer, weil die Assekuranz stranguliert werde.

Die europäische Versicherungsaufsicht EIOPA wiederum hält diese Kritik für überzogen. „Solvency II bedeutet, Risiken einen Preis zu geben“, stellt Generalsekretär Carlos Montalvo klar. Er will lediglich über Übergangszeiten für die Einführung der neuen Regeln diskutieren.